

henden Gründung des Gemeinsamen Marktes, ein Kompromiß erreicht. Die britische Regierung konnte die von ihr durchgesetzte Dezentralisierung behaupten und – mit Unterstützung der Gewerkschaften und der SPD – auch die Montanmitbestimmung, hatte aber auf die angestrebte Sozialisierung schon frühzeitig verzichten müssen.

Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), die 1951 vereinbart wurde und 1952 in Kraft trat, bedeutete eine neue Zäsur. Aus französischer Sicht war die EGKS ein Versuch, die direkte Kontrolle der deutschen Montanindustrie, die sich angesichts des raschen Wandels der weltpolitischen Situation nicht mehr lange aufrechterhalten ließ, durch eine subtilere, dafür aber dauerhafte Art multinationaler Kontrolle abzulösen. Die Bundesregierung erkannte dagegen, klarer als zunächst mancher deutsche Unternehmer, in der Montanunion die Chance, wirtschaftspolitische Handlungsfreiheit zu gewinnen und langfristig die alliierte Dekonzentrationspolitik zu revidieren. Die Hohe Behörde – so die Hoffnung – würde sich auf die Dauer dem Trend zur wirtschaftlichen Konzentration nicht widersetzen können. Die Erlangung der Souveränität 1954 bedeutete das Ende der Dekonzentration und den Beginn der Rekonzentration.

Aufschlußreich ist aus wirtschaftshistorischer Sicht, daß wirtschaftliche Überlegungen in der Dekonzentrationspolitik offenbar keine große Rolle spielten. Die Alliierten haben nicht geprüft, ob die Parzellierung der deutschen Stahlindustrie in 24 selbständige Unternehmen beim damaligen Stand der Technologie und der Märkte ein tragfähiges Modell war. Auf deutscher Seite erschien die Zersplitterung nicht nur den betroffenen Unternehmern wirtschaftlich unvernünftig – und zu Recht, wie man im Rückblick feststellen kann. Das Problem mag dazu beigetragen haben, daß die Bundesregierung trotz ihrer liberalen Wirtschaftsideo­logie so vehement die Interessen der Stahlkonzerne vertrat. Ähnlich dogmatisch wirkte aber auf alliierter Seite das starre deutsche Festhalten an der vertikalen Konzentration von Stahl und Kohle. Weder den Stahlindustriellen noch der Bundesregierung scheint damals in den Sinn gekommen zu sein, daß flexible Marktbeziehungen zwischen Bergbauunternehmen und Stahlunternehmen gegenüber dem traditionellen Verbundmodell sowohl einzelwirtschaftlich als auch gesamtwirtschaftlich die zukunftsreichere Lösung sein könnten. Hier führte erst die Bergbaukrise einige Jahre später zu einem Umdenken.

Die Verfasserin hat vor allem eine politische Geschichte der Dekonzentration in der Stahlindustrie geschrieben. Über die Situation der Unternehmen, die Entwicklung der Märkte und die soziale Lage der Beschäftigten erfährt man nicht sehr viel, obwohl die Verfasserin in der Einleitung verspricht, auch den Beitrag der Dekonzentrationspolitik zum westdeutschen »Wirtschaftswunder« untersuchen zu wollen (S. 3–4). Trotzdem ist dies eine wichtige Untersuchung zur zweiten deutschen Nachkriegsgeschichte in diesem Jahrhundert.

*Gerd Hardach, Marburg/Berlin*

Volker Hentschel, Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, Olzog Verlag, München etc. 1996, 712 S., geb., 78 DM.

Wie Ludwig Erhard sein Leben lang im Schatten Konrad Adenauers stand, so beschäftigte sich auch die historische Forschung intensiv mit dem Gründungskanzler der Bundesrepublik, während sie seinen Wirtschaftsminister und Nachfolger lange Zeit »links liegen« ließ. Mit den Biographien von Hans-Peter Schwarz (Bd. 1: 1986, Bd. 2: 1991) und Henning Köhler (1994) liegen gleich zwei voluminöse Werke über den »Alten von Rhöndorf« vor, über Ludwig Erhard dagegen nur die biographische Skizze von Volkhard Laitenberger und die Studie von Daniel Koerfer über den »Kampf ums Kanzleramt«, die

sich mit dem schwierigen Verhältnis von Erhard und Adenauer beschäftigt. Dies ist um so erstaunlicher als Erhard – kugelrund und mit dicker Zigarre – wie kein anderer das sogenannten Wirtschaftswunder verkörperte und zweifellos zu den bekanntesten Ikonen aus den Anfangsjahren der Republik zählt.

Nun hat sich Volker Hentschel, Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Mainz, daran gemacht, diese Lücke zu schließen. Das mehr als 700 Seiten dicke Buch soll, so heißt es im Klappentext, »Erhard als Handelnden und Betroffenen in den weiteren Zusammenhängen des Zeitgeschehens« darstellen und erweitere sich dadurch »über das Biographische hinaus zu einer bislang ungeschriebenen Geschichte der westdeutschen Wirtschaftspolitik in der Adenauer-Zeit und zu einer Geschichte der westdeutschen Außenpolitik in den Jahren 1963–1966«. Dies ist kein geringer Anspruch; schließlich gehört es noch immer zu den großen Herausforderungen des Historikers, Biographie und Geschichte zu einem facettenreichen Bild zu verweben. Die eigentliche Leitfrage Hentschels ist aber eine andere. Ihn interessiert vor allem, ob Erhard seinen Ruf, der Vater des Wirtschaftswunders zu sein, »zu Recht genießt«, und ob der ökonomische Erfolg der Bundesrepublik »tatsächlich in den Fähigkeiten und Entscheidungen ihres Wirtschaftsministers begründet lag«. Es ist legitim, ja sogar geboten, der historischen Wahrheit zu ihrem Recht zu verhelfen, Mythen zu zerstören und genau herauszuarbeiten, wie groß der Einfluß des Protagonisten einer Biographie auf die Zeitläufe tatsächlich gewesen ist, um zu einem ausgewogenen Urteil zu kommen. Aber genau darum geht es Hentschel nicht. Im Gegenteil: Der Autor läßt kein gutes Haar an seinem »Helden« und kaum eine Gelegenheit ungenutzt, um ihm am Zeug zu flicken – und er hat sichtlich Spaß daran. Dieses Vorgehen ist ebenso überraschend wie methodisch fragwürdig und führt zwangsläufig zu groben Verzerrungen. Da Hentschel alle Hände voll zu tun hat, dem Leser vor Augen zu führen, daß Erhard bestenfalls ein mittelmäßiger Glücksritter war, kann er nicht wirklich erklären, wie er sich so lange als Wirtschaftsminister halten konnte und letztlich allen Anfeindungen zum Trotz sogar Kanzler wurde. Er kann nicht erklären, weshalb Erhard neben Adenauer *die* Wahlkampflokomotive der CDU war, und warum er schon zu Lebzeiten fast so etwas wie eine Legende wurde.

Hentschels Erhard-Biographie zerfällt in neun Kapitel. Die ersten beiden, kaum mehr als 80 Seiten lang, sind den Jahren zwischen 1897 und 1949 gewidmet. Kurz werden Kindheit und Elternhaus abgehandelt, dann Erhards wissenschaftlicher Werdegang und seine Arbeit als Nationalökonom, die Hentschel gründlich zu diskreditieren versucht. Erhards erste politische Gehversuche als bayerischer Wirtschaftsminister 1945/1946 sind Hentschel gerade einmal fünf Seiten wert, wobei er auf intensivere Quellenrecherchen offensichtlich verzichtet hat. Nur knapp stellt Hentschel Erhards »marktwirtschaftliche Bekehrung« dar; dabei wäre dieser Abschnitt eigentlich von zentraler Bedeutung gewesen. Die Schilderung, wie Erhard hinter dem Rücken der Alliierten im Zuge der Währungsreform eine Vielzahl von Preisen freigab und ebenso viele Güter aus der Bewirtschaftung nahm – eine der wenigen guten Taten, derer sich Erhard auch im Urteil Hentschels rühmen darf –, führt den Autor zum Kern seiner Studie: Erhards Zeit als Wirtschaftsminister und zweiter Kanzler der Bundesrepublik. Die sechs Kapitel, die sich damit beschäftigen, machen den Löwenanteil des Buches aus. Seinem Anspruch, nicht nur die Biographie Ludwig Erhards zu schreiben, sondern auch eine Geschichte der Wirtschaftspolitik, kommt Hentschel in den Kapiteln am nächsten, die sich mit den Jahren 1949–1963 beschäftigen, auch wenn man weniger über die Institutionen der Wirtschaftspolitik und ihre Funktionsweise erfährt als erwartet. In den beiden Kapiteln über die Kanzlerschaft und den Sturz Erhards stehen dagegen außenpolitische Probleme (vor allem das Verhältnis zu Frankreich und den USA) und regierungs- bzw. CDU-interne Querelen im Mittelpunkt der Darstellung. Wirtschaft und Wirtschaftspolitik kommen stärker nur noch im Zusammenhang mit der ersten Wirtschaftskrise der Bundesrepublik

zu Sprache, die zu Erhards Sturz als Bundeskanzler nicht unerheblich beigetragen hat. Der nicht sehr rühmliche Abgang Erhards bildet den eigentlichen Schluß des Buches. Im kurzen »Nachklang« rollt Hentschel noch ein paar Affären auf, bis er den Leser nach einer kurzen Schilderung von Erhards Tod ein wenig ratlos entläßt.

Zweifellos muß man sich mit Hentschels Erhard-Biographie auseinandersetzen, wenn man sich mit der politischen Geschichte der Bundesrepublik und der Geschichte der Wirtschaftspolitik in den 1950er und 1960er Jahren beschäftigt. Man darf jedoch nicht außer acht lassen, daß Hentschels Buch über weite Strecken lediglich die schwarze Seite der Medaille darstellt.

*Thomas Schlemmer, München*

Rudolf Morsey, Heinrich Lübke. Eine politische Biographie, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn etc. 1996, 635 S., geb., 68 DM.

Rudolf Morsey hat mit dem vorliegenden Buch ein beeindruckendes Lebensbild des zweiten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland geschaffen. Mit Verständnis und Einfühlungsvermögen rekonstruiert er die Geschichte dieses schwierigen Menschen, der ebenso ehrenhaft war, wie er einfältig wirken konnte. Das Bild von Heinrich Lübke, das in der Erinnerung haften geblieben ist, wird in dieser Biographie erklärt und durch Erklärung korrigiert. Morsey bemüht sich nicht, seinen Helden bedeutender erscheinen zu lassen, als er war, und gerade daraus gewinnt das Buch viel von seiner Überzeugungskraft.

Die Studie beeindruckt aus einem weiteren Grund: Sie ist ein Meisterwerk geschichtswissenschaftlicher Quellenarbeit. Die gesamte Darstellung baut auf Archivmaterialien auf, mittels derer nicht nur Lübkes Weg durch das »Dritte Reich« nachgezeichnet, sondern auch Planung und Durchführung der politischen Verleumdungskampagne durch die SED-Führung seit 1964/65 – als Lübke wegen seiner deutschlandpolitischen Prinzipienfestigkeit für die DDR zu einem Hindernis wurde – aufgedeckt werden. Das Kapitel XXI (»Die Kampagne gegen den »KZ-Baumeister«) ist aus den Materialien des Ministeriums für Staatssicherheit und der Parteien und Massenorganisationen der DDR gearbeitet und gewährt einen tiefen Einblick in eine der abstoßendsten Seiten der innerdeutschen Beziehungsgeschichte, um die sich die Zeitgeschichtswissenschaft bis heute noch nicht vordringlich gekümmert hat. Morsey analysiert anhand dieser Materialien und zahlreicher westlicher Quellen die Motive für den organisierten Rufmord an Lübke, zeigt die Praktiken der Dokumentenfälschung, rekonstruiert die medienwirksame Präsentation manipulierter Dokumentationen (»Braunbuch«, 1. und 2. Aufl.) und beleuchtet den Anteil von »Stern« und »Spiegel« als Vorreiter eines beträchtlichen Teils der westdeutschen Presse, die sich an dieser Kampagne beteiligte. Das tut er durchweg in dem Bewußtsein, daß Lübkes Ausstrahlung schon für sich genommen die Häme der Presse auf sich ziehen konnte. Insgesamt jedoch entwickelt er eine auf wertkonservativen Grundannahmen fußende Interpretation jenes weitreichenden Wirkungszusammenhangs in den mittleren 1960er Jahren zwischen dem sich rasch wandelnden geistigen Klima in der Gesellschaft und der Tagespolitik in Bund und Ländern: Lübkes politische Ansichten über die Einheit der Nation, über Solidarität und Subsidiarität in der Industriegesellschaft, über die Notwendigkeit einer landwirtschaftlich orientierten, modernen Entwicklungshilfe, welche am Beginn seiner Amtszeit überwiegend als zeitgemäß und vorwärtsweisend aufgefaßt wurden, galten wenige Jahre später nur noch als altbacken und abständig – angesichts der Forderung nach Modernisierung und sozialtechnologischem Fortschritt in der eigenen Gesellschaft sowie im Kontrast zum Angebot an neo-